

Rede Hannelore Kraft

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Ich habe diese Debatte über knapp anderthalb Stunden verfolgt, und ich frage mich die

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

ganze Zeit: Was denken eigentlich die Bürgerinnen und Bürger über eine solche Debatte, wenn sie sie denn verfolgen?

(Ilka von Boeselager [CDU]: Das fragen wir uns auch!)

Was würden eigentlich die denken, die bei der Occupy-Bewegung auf der Straße waren? Wir streiten hier darüber: Was war in der Vergangenheit? Das tun wir gerne. Wir streiten darüber: Gibt es eine Bankenkrise, eine Finanzkrise, eine Wirtschaftskrise, eine Schuldenkrise, eine Systemkrise? – Ich glaube, wir haben alles. Und dazu kommt eine Krise der Demokratie. Die wird bei solchen Debatten deutlich. Ich meine das überhaupt nicht von oben herab, sondern ich glaube, dass wir sehr aus der Situation, in der wir sind, auch für uns in der Demokratie sehr deutliche Schlüsse ziehen müssen.

Was die Menschen auf die Straße treibt, ist die Erwartung, dass wir handeln. Was sie auf die Straße treibt, ist nicht gegen – zumindest nehme ich das nicht so wahr – parlamentarische Demokratie gerichtet, sondern es ist eher unterstützend gemeint: Wir sind da, handelt! Wir verstehen die Situation nicht in allen Details, aber wir wissen, es ist eine krisenhafte Situation, die entscheidenden Einfluss auf unser Leben hat und wahrscheinlich noch stärker haben wird. Sie erwarten von uns, dass wir Verantwortung übernehmen.

Ich denke, es geht vielen von uns so: Je mehr man weiß, desto unwohler ist einem in diesen Zeiten als Politikerin, als Politiker.

Verantwortung in diesen Zeiten zu übernehmen heißt, in die Details hineinzuschauen, heißt eben nicht, sich gegenseitig mit dem zu befeuern,

was der eine oder die andere in der Vergangenheit getan hat, sondern heißt, zu schauen: Wie kommt man aus dieser Situation heraus? Wie kommt man wieder zur Handlungsfähigkeit?

Und einer der entscheidenden Punkte wäre doch, dass wir uns eben nicht gegenseitig befeuern, denn Handlungsfähigkeit können wir nur erreichen, wenn wir versuchen, möglichst große Einigkeit zu erzielen. Und das nicht nur hier, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa.

Und daran hakt es doch: dass wir in Europa in Wahrheit alle noch mit unseren Einzelinteressen unterwegs sind, obwohl wir alle überzeugte Europäer sind. Wir sind mit unseren Interessen unterwegs. Wir haben es in den letzten Reformen nicht geschafft, in Europa ein demokratisches Europa auf den Weg zu bringen. Wir haben es nicht geschafft, dem wirtschaftlichen Europa, was einmal die Basis für die Entwicklung war, das soziale Europa gleichberechtigt an die Seite zu stellen,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

damit die Interessen der Menschen auch dort realisiert werden. Wir haben es nicht geschafft!

Ich bin überzeugte Europäerin, aber ich glaube, wir müssen diese Dinge in Ruhe miteinander analysieren. Natürlich haben wir eine Schuldenkrise. Das steht völlig außer Frage. Aber die Wahrheit ist doch auch, dass die Schuldenkrise ein Stück weit auch damit zu tun hat –

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

zugegebenerweise regional unterschiedlich. Es waren immer auch – egal wo – einmal gute und einmal schlechte Politiker an der Macht.

Natürlich ist die Verschuldung zu hoch, überall – auch bei uns. Aber die Frage ist doch: Wie sind wir denn in diese Situation hereingeraten? Und noch viel wichtiger ist die Frage: Wie kommen wir da wieder heraus?

Hereingeraten sind doch auch deshalb – auch, nicht nur –, weil europaweit, weltweit eine Ideologie vorherrschend war – egal, wie man die bezeichnet –, die hieß: Der Staat ist eigentlich viel zu groß, viel zu überbordend. Er muss kleiner werden. – Aber gleichzeitig hat niemand die politische Verantwortung übernommen, zu diskutieren, was denn dieser Staat nicht mehr leisten soll. Gleichzeitig wurden nämlich seine Aufgaben immer weiter ausgeweitet. Und das passte nicht zusammen.

Dann wurden die Steuern gesenkt, ja. Und dann sind Fehler gemacht worden, ja, unabhängig davon, von wem. Niemand soll sich hierhin stellen und behaupten, er hätte damals alles besser gewusst. Natürlich hatten wir alle ein Interesse, bei fünf Millionen Arbeitslosen dafür zu sorgen, dass Menschen wieder in Arbeit kommen. Und natürlich kann das nicht der Staat alleine. Natürlich brauchte man die Wirtschaft im Boot. Natürlich hat man dann mit unterschiedlichen Mechanismen und Maßnahmen versucht, eine solche Entwicklung auf den Weg zu bringen. Und wenn wir ganz ehrlich sind: Wir alle machen in solchen politischen Entscheidungen Fehler – egal, an welcher Stelle.

Natürlich haben wir auch eine Systemkrise. Ich erzähle das immer gerne – ich habe ja nun Wirtschaft studiert und eine Banklehre gemacht –: Ich verstehe bis heute nicht, wie es uns passieren konnte, dass wir unser Weltwirtschaftssystem in die Hände von drei Ratingagenturen gelegt haben.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich verstehe es nicht! Zumindest kann ich für mich in Anspruch nehmen: Basel II war der Einstieg dazu, und das war einer der Gründe, warum ich angefangen habe, Politik zu machen. Das kann ich für mich in Anspruch nehmen, aber das hilft mir in Wahrheit auch nicht, nicht in meiner Verantwortung heute. Aber wir haben es zugelassen, dass drei Ratingagenturen, von denen die Welt annimmt, sie wären sozusagen völlig unabhängig, Entscheidungen treffen, die bis in die mittelständische Wirtschaft hineinwirken.

Die Frage, wie hoch die Zinsen sein müssen, damit die Werthaltigkeit des Unternehmens auf Dauer richtig eingeschätzt wird, hat doch nicht nur mit Daten und Fakten zu tun, sondern mit der Interpretation von Daten und Fakten. Die Frage, ob ein Großunternehmen in Nordrhein-Westfalen AAA oder BB geratet ist, hat auch etwas damit zu tun, ob die Ratingagenturen und die sie Führenden der Meinung sind, dass ein monostrukturiertes Unternehmen besser für die Zukunft aufgestellt ist als ein Unternehmen, das mehrere Standbeine hat.

Aber ich bin lange genug in der Wirtschaft, um zu wissen, dass diese Zyklen sich immer wieder ändern: dass es mal zehn Jahre lang total super war, monostrukturiert zu sein, und in den nächsten zehn Jahren musste man möglichst viele Standbeine haben.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Auch das ist ja kein Zufall, weil natürlich diejenigen, die bewerten, auch gleichzeitig diejenigen sind, die daran verdienen, dass es die sogenannten Mergers & Acquisitions gibt, nämlich Käufe und Ankäufe.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN) Das ist doch kein Zufall, was wir da vergegenwärtigen.

Es ist auch kein Zufall, dass diese Finanzmarktprodukte entstanden sind. Ich habe mir die Augen gerieben, als ich das erste Mal in den Gremien der NRW.BANK saß – mit Banklehre in der Tasche, mit Wirtschaftsstudium in der Tasche – und die immer von CDS und CDO sprachen. Da habe ich mir eine Schulung geben lassen; ich mache keinen Hehl daraus. Dann haben die mir das erklärt. Ich weiß genau, was ich am Ende dieser Erklärung gesagt habe: Liebe Leute, das ist ein Produkt, von dem ihr sagt, dass es dabei nur Gewinner gibt! Das ist ein Kettenbrief! Darauf bin ich mal mit 17 hereingefallen! Das passiert mir nicht mehr!

Und wir haben diese Kettenbriefe immer noch. In der Finanzkrise haben wir alle gewusst, dass diese auch – nicht nur! – daran liegt, dass es solche Produkte gibt, die auf den Weltmärkten in rasender Geschwindigkeit gekauft und verkauft werden.

Lieber Herr Kollege Petersen, natürlich ist auch das ein Problem, natürlich sind auch diese Instrumente ein Problem. Da heißt es nämlich – und wenn ich höre, was da gerade passiert, wird mir endgültig übel –: Der Schuldenschnitt in Griechenland darf aber nur freiwillig erfolgen. Denn wenn er vorgegeben erfolgt, dann tritt der Default-Fall ein, also CDS, Credit Default Swap. Die werden dann fällig. Dann gelangen Milliarden – wahrscheinlich Hunderte Milliarden – in die Hände von denen, die diese Papiere herausgegeben haben: in die Hände der Hedgefonds. Dann droht man das nächste Land anzugreifen.

Welche Art von Kriegsführung erleben wir da eigentlich im Augenblick? Und was tun wir alle dagegen? Das sind doch die Fragen, die uns beschäftigen müssen.

(Allgemeiner Beifall)

Deshalb ist es ein Problem, wie diese Hedgefonds arbeiten. Ja, wir als Sozialdemokraten waren mit dabei, wir haben sie zugelassen. In Deutschland gibt es, glaube ich, nur zwei oder drei, die zugelassen sind. Aber das hilft uns nicht weiter. Es hilft uns allerdings auch nicht weiter, uns dauernd mit diesen Dingen zu befeuern.

Ich werbe dafür, dass wir überlegen, wie wir aus diesen Geschichten herauskommen. Einer der Punkte, die mir dabei auf der Seele brennen, ist auch das, was wir als Flucht von Finanz- und Kapitalmärkten wahrnehmen. Die Griechen schaffen 200 Milliarden in einem Jahr in die Schweiz. Was ist das für eine europäische Solidarität, dass die Schweiz 200 Milliarden von griechischen Familien annimmt, die die in Sicherheit bringen wollen? Wo bleibt denn da die europäische Solidarität? Wie kann man ein solches Abkommen auf den Weg bringen wollen, das da geplant ist?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das passt doch auch nicht zusammen. – Die 200 Milliarden konnten Sie gestern in der „BILD“-Zeitung nachlesen. Und da ist noch nicht das Geld dabei, was in andere Steueroasen abgeflossen ist. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

***Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!***

Dann lassen Sie uns doch mal überlegen, wie wir denn wirklich rangehen, gemeinsam, in Einigkeit zumindest hier und möglichst in ganz Deutschland. Wenn das schon in Europa in weiter Ferne ist, dann ist es doch wichtig, dass wenigstens wir mal einig auftreten und sagen: Wir wollen keine Leerverkäufe. Wir wollen eine Finanzmarkttransaktionssteuer, damit das Kasino beendet wird. Wir wollen CDS und CDO nicht mehr in unseren Märkten. Wir wollen, dass das alles geregelt wird und dass die Banken kleiner werden, damit uns nicht dauernd gesagt wird: Es ist alternativlos, denn sie sind „too big to fail“. Es ist doch absurd, was da passiert!

Eine solche Debatte würde ich in diesem Haus gerne führen. Ich glaube, dafür müssen wir einig sein und aufhören, uns in der Vergangenheitsbewältigung ein Schauspiel zu liefern, das die Bürgerinnen und Bürger draußen im Land schon lange nicht mehr interessiert. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN – Beifall von der SPD, von der FDP und von der LINKEN)